

Kooperation statt Autonomie

Autor(en): **Münger, Hans Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **46 (1999)**

Heft 6

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369153>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 bringt eine neue Strategie:

Kooperation statt Autonomie

JM. «Sicherheit durch Kooperation» heisst die Devise, die für die Sicherheitspolitik der Schweiz in den kommenden Jahren Gültigkeit haben wird. Während die bisherige sicherheitspolitische Strategie unseres Landes auf Sicherheit durch Autonomie abzielte, ist die neue Strategie auf Kooperation ausgerichtet. Wie VBS-Departementschef Bundesrat Adolf Ogi und Botschafter Anton Thalmann, Projektleiter des sicherheitspolitischen Berichts 2000, am 9. Juni in Bern vor der Fachpresse betonten, hat die neue Strategie bedeutende Auswirkungen auf die sicherheitspolitischen Mittel – vor allem auf die Armee und den Bevölkerungsschutz.



Durch die neue Ausrichtung hin zu vermehrter Kooperation steht im *Inland* eine optimale Abstimmung der eigenen zivilen und militärischen Mittel über die «umfassende flexible Sicherheitskooperation» im Zentrum. Bei der Kooperation mit dem *Ausland* geht es um eine verstärkte Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten und internationalen Sicherheitsorganisationen sowie um ein intensiveres Engagement bei der Friedenssicherung. Dieses Engagement entsprechen unseren eigenen Interessen, betonte Bundesrat Ogi. «Damit wird das Risiko vermindert, dass die Schweiz selbst von den Folgen von Instabilität und Krieg berührt wird.» Die Strategie der Kooperation zieht sich wie ein roter Faden durch alle sicherheitspolitisch relevanten Bereiche. Für Adolf Ogi führt der Weg zu mehr Sicherheit immer über mehr Kooperation: «Krisen können meistens nur gemeinsam mit andern Staaten gelöst werden. Eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit drängt sich deshalb auf.»

Der Bevölkerungsschutz, ein sicherheitspolitisches Schwergewicht

Die sicherheitspolitische Lage bedingt beim Bevölkerungsschutz eine Neuausrichtung und erlaubt eine Anpassung der Einsatz-

bereitschaft. Heute sind «Worst-case-Szenarien» (z. B. ein Atomkrieg) eher unwahrscheinlich geworden. In den Vordergrund rücken natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen und andere Notlagen. Das hat Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft des Bevölkerungsschutzes: Die Bewältigung von Katastrophen bildet das Schwergewicht für den Einsatz und bei der Ausbildung. Der Bevölkerungsschutz stützt sich wesentlich auf die bereits im Alltag vorhandenen, teils professionellen Mittel ab. Dazu gehören zum Beispiel die Feuerwehr, das sanitätsdienstliche Rettungswesen und die technischen Werke. Die Mittel des heutigen Zivilschutzes werden in den Bevölkerungsschutz integriert.

Die Mittel des Bevölkerungsschutzes werden je nach Lage modular aufgebaut und differenziert zum Einsatz gebracht. Zivile Führungsorgane übernehmen die Führung und Koordination. Die Verantwortung für den Bevölkerungsschutz liegt in erster Linie bei den Gemeinden, Regionen und Kantonen. Sie sind in der Regel auch direkt mit der Bewältigung von Katastrophen konfrontiert. Der Bund unterstützt die Kantone, wenn das Ausmass der Ereignisse die Führung und Koordination auf nationaler Ebene notwendig macht. Die Armee kommt dann zum Einsatz, wenn die zivilen Mittel ausgeschöpft sind.

Der Bevölkerungsschutz ist ein ziviles Instrument für Führung, Schutz und Hilfe bei Katastrophen, anderen Notlagen sowie bei machtpolitischen Bedrohungen.

Unter dem Dach des Bevölkerungsschutzes werden alle zivilen Mittel für die Bewältigung von Katastrophen, anderen Notlagen und Auswirkungen bewaffneter Konflikte koordiniert. Die Zuständigkeit für den Bevölkerungsschutz liegt grundsätzlich bei den Kantonen. Der Bund legt die gesetzlichen Rahmenbedingungen fest und unterstützt die Kantone zum Beispiel bei der Ausbildung. Bei Ereignissen von nationalem Ausmass übernimmt der Bund die Koordination und Führung.

«Zivilschutz» wird die Etappen auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitspolitik für die Schweiz wie bis anhin aufmerksam verfolgen und die Leserschaft über den Fortgang der Reformen «Armee XXI» und «Bevölkerungsschutz» auf dem laufenden halten.

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 ist in drei verschiedenen Fassungen in den Sprachen d, f, i und e erschienen (vollständiger Bericht von 65 Seiten:

Bestell-Nummer 037.667d, zusammenfassende Broschüre: Bestell-Nr. 037.668.d sowie Faltprospekt: Bestell-Nr. 037.673.3). Diese Dokumente sind kostenlos erhältlich bei EDMZ, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58.